

TOP 2.2 städtisch

NIEDERSCHRIFT

der städtischen Deputation für Inneres / **SONDERSITZUNG**
am Freitag, den 23. Dezember 2016
- 14. Sitzung der 19. LP -

<p>TOP 1</p>	<p>Ausländerrechtliche Verfahren</p>	<p><u>Bericht:</u></p> <p>Der Vorsitzende Hinners führt in die Sitzung ein, die Erörterung erfolgt auf Basis der schriftlichen Vorlage.</p> <p>Bettina Scharrelmann, Leiterin der Ausländerbehörde, erörtert, alle Vorgänge seien ausführlich geprüft worden. In jedem Einzelfall sei kontrolliert worden, ob bei der Polizei oder dem Landesamt für Verfassungsschutz Hinweise zu Straftaten oder möglichen Gefährdern vorlägen. Zu diesem Zweck seien zwölf Mitarbeiter extra abgestellt worden, um die Akten der 156 bisher geduldeten Afghanen zu überprüfen. 89 hätten in der Folge eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.</p> <p>In einem halben Jahr würden die Fälle erneut überprüft. Es habe auch keine Anweisung des Senats gegeben, ohne ausreichende Prüfung Aufenthaltstitel an die Afghanen zu verteilen. Frau Scharrelmann erörtert, dass sie selbst angewiesen habe, sich auf die Abarbeitung der Akten der Afghanen zu konzentrieren. In den dafür vorgesehenen zwei Wochen, habe jeder Mitarbeiter ausreichend Zeit gehabt, die Akten gewissenhaft zu bearbeiten.</p> <p>Wegen der hohen Flüchtlingszahlen habe das Amt sich zunächst darauf konzentriert, die Geflüchteten aus Syrien mit den notwendigen Dokumenten auszustatten und die verwaltungstechnische Erfassung sicherzustellen. Andere Aufgaben, wie etwa die Prüfung des Aufenthaltsrechts der Afghanen, hätten zurückgestellt werden müssen. Erst im November sei das Stadtamt wieder in der Lage gewesen, diese Aufgabe wahrzunehmen.</p> <p>Insgesamt hätten daraufhin 89 von den 156 bisher geduldeten Afghanen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.</p> <p>Staatsrat Thomas Ehmke erklärte, die Behörde habe nach geltendem Recht gehandelt. Im Übrigen führe Bremen seit 2009 grundsätzlich keine Rückführungen nach Afghanistan durch. Der Senat halte Ausreisen in dieses Land aufgrund der Sicherheitslage nach wie vor für unzumutbar.</p> <p>Der Deputierte Fecker (DIE GRÜNEN) stellte nach dem Sachvortrag fest, die von der CDU vorgetragene Vorwürfe seien haltlos, die Behörde habe im Rahmen der geltenden Gesetze gehandelt.</p> <p>Die Ersatzdeputierte Leonidakis (Linke) äußerte ihre Freude darüber, dass in einer Bremer Behörde Aktenberge abgearbeitet werden.</p> <p>Der Deputierte Zenner (FDP) hätte es für sachdienlicher gehalten, die weitere Entwicklung in Afghanistan auch wegen des Abkommens mit der Bundesrepublik Deutschland abzuwarten, zumal sich auch schon jetzt die rot-grüne Landesregierungen an Abschiebungen nach Afghanistan beteiligt haben.</p>
--------------	--	--